

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2018/010
öffentlich		
Datum 17.01.2018	Aktenzeichen II.7.2	Federführend: Herr Bollmann

Betreff

Extremismusbericht

Beratungsfolge Gremium Sozialausschuss	Datum 13.02.2018	Berichterstatter		
Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				
Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse:				
	Statusbericht			
X	Abschlussbericht			

Beschlussvorschlag:

Der Extremismus-Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Der letzte Bericht Rechtsextremismus stammt vom 13.01.2015 (Vorlagen-Nr. 2014/152, Federführung Herr Ropers) und richtete seinen Blick sowohl auf Vorkommnisse mit rechtsextremen Hintergrund in Ahrensburg als auch auf präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Ahrensburg sowie Kreis- und Länderebene.

Zukünftig werden in regelmäßigen Abständen durch den Fachdienst II.7 so genannte **Extremismus**-Berichte erstellt, da Extremismus sowohl links- als auch rechtsextremistisch ausgelegt sein kann.

Extremismus ist per Definition eine radikale Haltung in weltanschaulichen oder religiösen Fragen.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes wird Extremismus wie folgt definiert:

Als Rechtsextremismus werden *"...Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Gegner des demokratischen Verfassungsstaates.*

Sie haben ein autoritäres Staatsverständnis. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit (Fremdenfeindlichkeit). Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse bestimme den Wert eines Menschen. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer 'volksgemeinschaftlicher' Konstrukte zurück (Antipluralismus)."

Linksextremisten "... wollen anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine 'herrschaftsfreie' anarchistische Gesellschaft etablieren und orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien. Revolutionär-marxistische Organisationen setzen auf traditionelle Konzepte eines langfristig betriebenen Klassenkampfes. Autonomes Selbstverständnis ist geprägt von der Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens in 'herrschaftsfreien' Räumen. Entsprechend wird jede Form staatlicher oder gesellschaftlicher Normen abgelehnt."

A. Vorkommnisse mit rechtsextremen/- rechtsextremistischem Hintergrund in Ahrensburg

Unter der E-Mail-Adresse info@ahrensburg.de besteht die Möglichkeit, extremistische Aufkleber, Plakate oder ähnliches, die im Ahrensburger Stadtgebiet verbreitet werden, zu melden, damit diese dokumentiert und entfernt werden können.

Im Jahr 2015 sind insgesamt vier Meldungen rechtsextremer bzw. rechtsextremistischer Aufkleber über die oben angegebene E-Mail-Adresse eingegangen.

Im Jahr 2016 wurden 88 Meldungen von rechts- bzw. linksextremer/ -extremistischer Aufkleber registriert, wobei 70 dieser Aufkleber eindeutig rechtsextremen bzw. -rechtsextremistischen Hintergrund aufwiesen. Die verbleibenden 18 Aufkleber (u. a. „Merkel muss weg“, „Refugees welcome“, „kein Ort für Neonazis“) sind weder links- noch rechtsextremer Natur.

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 57 Aufkleber gemeldet, von denen 40 eindeutig einen rechtsextremen bzw. rechtsextremistischen Hintergrund aufwiesen. Sechs Aufkleber hatten einen eindeutig linksextremen bzw. linksextremistischen Hintergrund. Die verbleibenden 11 Aufkleber sind weder links- noch rechtsextremer Natur.

Ein durchkreuztes Hakenkreuz-Graffiti an der Wand der Passage zum Kaufhaus Nessler (siehe Hamburger Abendblatt/Stormarn vom 29.12.2017) stellt mit Sicherheit eine Straftat gemäß § 303 Strafgesetzbuch (StGB) dar, ist aber durch Entscheidung des Bundesgerichtshofs (Bundesgerichtshof 3 StR 486/06) eine offenkundige und eindeutige Distanzierung zum Nationalsozialismus und demnach als nicht linksextrem/-extremistisch zu werten.

Die am 27.04.2016 in Ahrensburg verübte Körperverletzung dreier Männer zum Nachteil eines 16-jährigen afghanischen Jugendlichen hingegen könnte da schon eher auf einen rechtsextremen/-extremistischen Hintergrund hinweisen.

Weitere Vorkommnisse links- oder rechtsextremen bzw. links- oder rechtsextremistischen Hintergrundes in Ahrensburg sind nicht bekannt.

B. Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein 2016

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein stammt aus dem Jahr 2016 und umfasst 172 Seiten. Er ist im Internet unter <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verfassungsschutz/berichte.html> einsehbar. Für den Extremismus-Bericht wird der Fokus auf die politisch motivierte Kriminalität (PMK) gelegt. Im Vergleich zum Jahr 2015 (944) sind in 2016 1011 politisch motivierte Straftaten in Schleswig-Holstein registriert worden, was einen Anstieg um 24,15 % ausmacht.

Dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts – wurden dabei 785 (2015: 640), der politisch motivierten Kriminalität – links – 237 (2015: 200) und dem Bereich politisch motivierte Ausländerkriminalität 59 (2015: 32) Straftaten zugeordnet.

Eine Nachfrage bei der Bezirkskriminalinspektion Lübeck ergab für den Kreis Stormarn folgendes Bild politisch motivierter Kriminalität (PMK):

PMK rechts 2016 = 50 Delikte

PMK rechts 2015 = 48 Delikte

Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um so genannte Propaganda-Delikte, also Verstöße gegen das Verwenden von Kennzeichen verbotener Organisationen gem. § 86 a StGB.

PMK links 2016 = 35 Delikte

PMK links 2015 = 7 Delikte

Die erfassten Taten erstrecken sich über das gesamte Kreisgebiet, ein besonderer Schwerpunkt hebt sich laut Aussage der Bezirkskriminalinspektion Lübeck nicht hervor. Eine Aufschlüsselung auf einzelne Orte ist leider nicht möglich.

Im Ergebnis kann also konstatiert werden, dass sich PMK – rechts – im Kreis Stormarn entgegen dem Landestrend auf einem gleichbleibenden Niveau befindet. PMK – links – hingegen ist sprunghaft um 500 % angestiegen.

C. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

In Schleswig-Holstein ist 2009 das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus (<https://www.beranet-sh.de/>) eingeführt worden. Das „beranet“ richtet sich mit seinem Beratungsangebot an Kommunen, Schulen, außerschulischer Jugendbildung, Eltern und Betroffene.

Auf Bundesebene ist für den Zeitraum 2015 bis 2019 das Förderprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eingeführt worden (<https://www.demokratie-leben.de/>).

Das Bundesministerium fördert bereits unterschiedliche Modellprojekte in den Bereichen

- Islamistische Orientierungen und Handlungen
- Linke Militanz
- Rechtsextreme Orientierung und Handlungen

Mit dem Projekt „Kick Off“ wird seit Juli 2017 auch eine Maßnahme in Schleswig-Holstein zunächst für einen Zeitraum von 2,5 Jahren mit einer Jahressumme von 300.000 € gefördert.

Das Modellprojekt "Kick-Off" wird bedarfsgerecht Angebote zur Stärkung demokratischer Haltungen im Sinne der Extremismusprävention sowie spezifische Angebote der Distanzierung und des Ausstiegs für bereits radikalisierte Rechtsextremisten und islamistische Extremisten umfassen.

Im Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 hatten sich die damals regierenden Parteien um SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW auf den Aufbau einer landesweiten Beratungsstruktur verständigt, um alle Regionen mit einem hinreichenden Angebot an Präventions- und Beratungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus zu versorgen.

Auch im aktuellen Koalitionsvertrag der „Jamaika-Koalition“ wird sich dem Thema Extremismus (S. 80/81) gewidmet.

Neben dem bereits erwähnten „beranet“ und „Kick-Off“ gibt es insbesondere mit der „Aktion Kinder- und Jugendschutz e. V. (AKJS) einen institutionell geförderten Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, an Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen pädagogische Angebote vorzuhalten.

Als Fachstelle für Prävention koordiniert die AKJS beispielsweise das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ für Schleswig-Holstein, an dem auch die Ahrensburger Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule angeschlossen ist.

Der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK) leistet finanzielle Unterstützung für die Durchführung lokaler (Präventions-) Maßnahmen mit Inhalten „rechtsextremistischer Gewaltprävention“, z. B. durch die Veröffentlichung der Präventionskonzepte

- Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter
- Rechtsextremismus (ohne) mein Kind
- „Rechte Sprüche in der Klasse“ als Unterrichtshilfe für Pädagog/innen

Zuwendungen können den Fördergrundsätzen des Landespräventionsrates Schleswig-Holstein entnommen werden.

Salafismus

Salafisten sehen sich als Verfechter eines ursprünglichen und unverfälschten Islams an, deren Minderheit in Deutschland einer gewaltbereiten dschihadistischen Ideologie folgt. Unter den Extremisten sind zunehmend auch Jugendliche zu finden, was sich zudem aus den Anwerbe-Versuchen der Salafisten ablesen lässt.

Das Bildungsministerium für Schule und Berufsbildung hat darauf reagiert und im März 2017 die Broschüre Islam, Islamismus und Salafismus in Schulen herausgegeben und somit erste Maßnahmen zur Prävention an Bildungseinrichtungen ergriffen.

D. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Extremismus in Ahrensburg

In Ahrensburg gibt es vielfältige Aktivitäten gegen Extremismus. Die Stadt engagiert sich in unterschiedlichen Vereinen und Netzwerken in der Flüchtlingshilfe und trägt somit nicht nur aktiv zur sozialen Integration von Geflüchteten in Ahrensburg bei, sondern nimmt eine klare Haltung gegen rechtsextremistisches Gedankengut ein.

Runder Tisch Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte – gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus (Runder Tisch Ahrensburg)

Der Runde Tisch Ahrensburg hat im Zeitraum 2015 bis 2017 u. a. folgende Veranstaltungen initiiert, organisiert oder unterstützt:

- Jährlich „Gang des Erinnerns“ (an die Reichsprognomnacht) jeweils am 09.11. eines Jahres. 2018 (80 Jahre Reichsprognomnacht)
 - Infostände bei unterschiedlichen Anlässen
 - Dokumentarfilme und Vorträge mit anschließender Diskussion
 - Verlegung von Stolpersteinen
 - Ausstellungen, u. a. PRO Asyl, BESA, Rechtsextremismus? Nicht mit mir!
 - Die Ausstellung Rechtsextremismus? Nicht mit mir! hat der Runde Tisch Ahrensburg in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus“ der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule organisiert. Im Rahmen dieser Ausstellung fand auch ein Konzertabend Ahrensburger Schülerbands unter dem Motto „Love Music Hate Racism“ in der Jugendkulturinitiative 42 statt.
- Kontakt: runder-tisch-ahrensburg@web.de oder www.runder-tisch-ahrensburg.de

Antirassistisches Fußballturnier

Der Verein **Roter Stern Kickers 05** hat bereits zum achten Mal das Antirassistische Fußballturnier Ahrensburg veranstaltet.

Der Verein Roter Stern Kickers 05 e. V. unterstützt explizit sozial benachteiligte und geflüchtete Menschen und fördert die Teilhabe am Vereinsleben als vollumfängliche und gleichberechtigte Menschen. Der Verein setzt sich sowohl auf als auch neben dem Sportplatz aktiv gegen jegliche Form von Diskriminierung ein.

Kontakt: rotersternkickers@live.de oder www.kickers-ahrensburg.de

E. Prävention in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Jugendverbänden

In allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit Ahrensburg ist man hinsichtlich des Themas Extremismus und Diskriminierung sensibilisiert.

Neben einem respektvollen und wertschätzenden Umgang zwischen allen Menschen, wird in besonderem Maße Wert auf eine tolerante Haltung in Bezug auf Ethnie, Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung, Körperlichkeit, Behinderung und Krankheit gelegt. Diese gelebte und bewusst geförderte Vielfalt ist ein wichtiger Grundpfeiler der pädagogischen Arbeit in Ahrensburg.

Sowohl geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie Jungerwachsene als auch Menschen mit Migrationshintergrund greifen regelmäßig auf die Angebote der Jugendpflege zurück. Die städtische Jugendpflege leistet somit einen erheblichen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen in Ahrensburg.

Auf entsprechende Schulungen, Fortbildungen und Fachtagungen wird hingewiesen. Die Angebote werden von den städtischen Mitarbeiter/innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit regelmäßig wahrgenommen.

Darüber hinaus sind entsprechende Präventionsmaßnahmen in den Konzeptionen und Kooperationsvereinbarungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit verankert.

Aktuell lädt der Kreisjugendring am 17.02.2018 zum Fachtag Rechtsextremismus nach Bad Oldesloe ein.

Der Ahrensburger Stadtjugendring und Kinder- und Jugendbeirat fördern durch ihre kontinuierliche Arbeit die Partizipation der in Ahrensburg lebenden Kinder und Jugendlichen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der demokratischen Kultur. Gemeinsam mit der Jugendpflege und anderen Netzwerkpartner/innen (z. B. VHS) wirken sie sozialer Deklassierung, Entwertung der Persönlichkeit und kultureller Verarmung planmäßig entgegen und versuchen damit, u. a. dem Extremismus seinen Nährboden nachhaltig zu entziehen.

F. Resümee

Vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzberichtes 2016 und der durch die Bezirkskriminalinspektion Lübeck gelieferten Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität wird deutlich, dass in Ahrensburg kein besonderer Schwerpunkt sowohl im links- als auch im rechtsextremistischen Bereich erkennbar ist.

Trotzdem sollte das Thema Extremismus auch künftig in Ahrensburg die entsprechende Bedeutung und Aufmerksamkeit beigemessen werden.

Ahrensburg muss sich weiterhin zur Aufgabe machen, dass es vor Ausgrenzung, Diskriminierung und extremistischen Handlungen nicht die Augen verschließt, sondern sich mit Achtsamkeit und Sensibilität etwaigen Anzeichen von Unterdrückung, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit entschlossen zur Wehr setzt.

Michael Sarach
Bürgermeister